

Frankreich: Kirchliche Vergangenheitsbewältigung

Die katholische Kirche in Frankreich wird gegenwärtig von einem Thema eingeholt, das wenn auch selbstverständlich nicht neu, so doch immer noch einen heiklen Aspekt französischen Selbstverständnisses berührt: das Verhalten amtlicher Vertreter der katholischen Kirche zur Zeit der Okkupation durch Hitlerdeutschland von 1940 bis 1944, die Aufarbeitung dieser Vorgänge in der Nachkriegszeit sowie das partielle Fortbestehen von Denkstrukturen, die die Nähe zum Pétainismus wesentlich förderten. Anlaß dazu boten zum einen die Veröffentlichung des Berichts einer Historikerkommission unter der Leitung von René Rémond zum Fall Paul Touvier (vgl. HK, Februar 1992, 98), zum anderen der Abdruck eines Textes unter dem Titel „La question des évêques sous l'occupation“ in der traditionsreichen Kulturzeitschrift „Revue des deux mondes“ (Februar 1992, S. 67 ff.), der dem vor einem Jahr verstorbenen und 1988 zum Kardinal erhobenen (vgl. HK, Juli 1988, 310) Jesuiten und Theologen Henri de Lubac zugeschrieben wird.

In die Affäre Touvier tief verstrickt

Die Initialzündung für den ersten Vorgang kam von der Kirche selbst: Im Sommer 1989 war der frühere Geheimdienstchef von Lyon, Paul Touvier, in einem Traditionalistenkloster in Nizza festgenommen worden, nachdem seit Jahren erneut ein Haftbefehl gegen ihn bestand. Bereits wenige Tage nach der Festnahme beauftragte der Erzbischof von Lyon, Kardinal Albert Decourtray, den Historiker René Rémond (vgl. HK, Mai 1986, 221 ff.) mit der Bildung einer Kommission, die vor allem der Frage nachgehen sollte, wie es geschehen konnte, daß es Touvier seit langen Jahren in erster Linie mit Hilfe

und Unterstützung von kirchlichen Kreisen den Strafverfolgungsbehörden des Landes erfolgreich entzog. Zugleich kündigte Decourtray damals an, daß er die kirchlichen Archive für diese Forschungsarbeiten öffnen werde.

Nicht ohne Erstaunen war bereits damals vermerkt worden, daß der Kardinal ganz entschieden auf Transparenz und Offenheit setzte, selbst auf die begründete Gefahr hin, daß dabei manches herauskommen könnte, was für die katholische Kirche Frankreichs alles andere als schmeichelhaft sein würde. Wie befürchtet kam es dann auch: Im Detail geht die Rémond-Studie den verschiedenen Stufen der Biographie Touviers nach und stellt vor allem dar, auf wessen Unterstützung dieser seit den beiden Verurteilungen zum Tode in Abwesenheit aus den Jahren 1946 und 1947 zählen konnte.

Die Liste derjenigen, die in die Affäre Touvier auf die eine oder andere Weise verstrickt waren, ist lang, sie reicht vor allem in höchste Etagen der französischen Hierarchie. Daß Charles Duquaire, persönlicher Sekretär des 1965 verstorbenen Erzbischofs Gerlier und seines Nachfolgers Jean Villot, lange Jahre als eine Art Protektor Touviers fungierte, war bekannt (vgl. etwa die Berichterstattung aus Anlaß des Todes von Duquaire in „Le Monde“, 13. 6. 87). Als Erzbischof Villot 1967 Kardinal-Staatssekretär wurde, folgte Duquaire ihm nach Rom. Kardinal Villot wurde im Interesse Touviers tätig, ebenso Julien Gouet, Weihbischof in Paris, Alfred Ancel, Leiter des Lyoneser „Prado“, ein Wegbereiter der Arbeiterseelsorgerbewegung, Jean Rodhain, Gründer des „Secours Catholique“, der französischen Caritas, Bernard Lalande, Sekretär von Kardinal Suhard und Generalpräses von Pax Christi. Ebenso lang ist die Liste der Ordensgemeinschaften und Ordensleute, die ins Spiel kommen:

Benediktiner, Zisterzienser, Dominikaner, Karmeliten, Jesuiten, Kartäuser, Kapuziner.

Die *Motive* waren im einzelnen – so der Rémond-Bericht – sehr unterschiedlich: Schon ein erster flüchtiger Blick über die Namen zeigt, daß hier keineswegs nur die einschlägig bekannten rechtskonservativen kirchlichen Milieus eine Rolle spielten. Im einzelnen unterscheidet der Bericht zwischen Personen, die politische Gesichtspunkte negierten bzw. nicht wahrhaben wollten, anderen, die zwar politische Hintergründe sahen, sie aber nicht für die entscheidenden Gesichtspunkte hielten, und wieder anderen, die dem politischen Weltbild Touviers folgten. Dieses wurde im wesentlichen gespeist von einem „intransigenten und gegenrevolutionären Katholizismus, der in der modernen Gesellschaft eine Herausforderung Gottes sah und Demokratie und Freiheit bekämpfte“.

Im Mittelpunkt der Motivation der Kirchenleute stand in vielen Fällen ein mißverständener *traditioneller* Asylgedanke samt einer gehörigen Portion Gutgläubigkeit. Ein für den Bericht zentraler Befund ist die Feststellung, daß es in jedem Fall *nicht die Kirche als solche* war, die sich hier unterstützend auf die verschiedenste Weise einschaltete, sondern einzelne Personen ohne einen irgendwie gearteten kirchlichen Auftrag. Wirklich bereut habe Touvier jedenfalls nie, hält der Bericht fest. Der starke Rückhalt in kirchlichen Milieus ist der Rémond-Kommission auch schon deshalb ein Rätsel, weil ihn zu engsten kirchlichen Kontakten aus der Zeit, in der er diese Hilfe noch nicht in Anspruch nahm, offenbar wenig prädestinierte. Ein Rätsel bleibt aber auch, daß sogar z.T. solche, die sich während der deutschen Besatzung für Juden und Résistance-Mitglieder eingesetzt hatten, meinten, Touvier helfen zu müssen.

Defizite der Kirche in der Okkupationszeit

In einem redaktionellen Vorspann zu dem von der „Revue des deux mondes“ veröffentlichten Text ist gleich zu

Anfang ein Hinweis auf die Affäre Touvier enthalten, obgleich – strenggenommen – nur ein recht mittelbarer Zusammenhang zwischen beidem besteht. Während es bei Touvier in erster Linie um die *Nachkriegszeit* geht, befaßt sich dieser Text ausschließlich mit der *Zeit der Okkupation* selbst. Es handelt sich dabei um eine ungeschminkte, mehrfach ausdrückliche als „vertraulich“ bezeichnete Stellungnahme, die im wesentlichen den in der Kirche unter der Okkupation grassierenden Pétainismus herausarbeitet und geißelt. Der Text ist schonungslos in seiner Analyse, jedoch nicht eigentlich polemisch; er bezeichnet sich selbst als „einseitig“, ist deswegen aber nicht ohne Nuancierungen, auch wenn es ihm letztlich nicht um eine ausgewogene, sondern durchaus thesenartig zugespitzte Darstellungsweise zu tun ist.

Im wesentlichen setzt sich der Text aus Thesen zusammen, die *fünf Defizite der katholischen Kirche unter der Okkupation* markieren. In einem ersten Punkt wird darauf hingewiesen, daß die französischen Bischöfe sich nur allzu leicht ins Schlepptau staatlicher Macht nehmen ließen. Viele Bischöfe seien geradezu „hypnotisiert“ gewesen in bezug auf das Problem der politischen Macht und der „Legitimität des Vichy-Regimes“. Aufgabe der Bischöfe wäre es – zweitens – eigentlich gewesen, mit der „Stimme des Gewissens“ zu sprechen und ein Bekenntnis zum „Gott der Gerechtigkeit“ abzulegen. Der Skandal dieser vier Jahre habe darin bestanden, daß die Kirche sich ruhig verhalten habe, „während das Recht verletzt, die Gewissen gefoltet und das Christentum verhöhnt wurde“. Für alle habe es so ausgesehen, als profitiere die französische Kirche „auf abscheuliche Weise von einer abscheulichen Situation“. Als positives Gegenbeispiel werden dem französischen Episkopat die deutschen Bischöfe vorgehalten – wohl etwas zu positiv, wie man aus heutiger Sicht sagen muß.

Drittens habe die Mehrheit der französischen Bischöfe Christen, die in der Résistance gestanden hätten, faktisch „verurteilt“ – auch dann, wenn

diese keine Gewalt angewandt und sich nicht auf den Boden der politischen Opposition begeben hätten. Als Ursache dafür, daß es so weit hat kommen können, wird u. a. eine geistig-geistliche „Dürftigkeit“ in der französischen Kirche ausgemacht. Von Ausnahmen abgesehen, habe es nie Proteste gegen Formen des Pétain-Kultes gegeben. „Blutige Dramen“ hätten sich zum Teil abgespielt. Ohne das Versagen der Bischöfe hätte es soweit nicht kommen können: „Einigen von ihnen klebt das Blut ihrer Priester an den Händen . . .“

Die Kirche habe – viertens – den Kontakt verloren zu breiten Teilen der Bevölkerung und des nationalen Bewußtseins, während das Volk insgesamt auf „gesunde“ Weise reagiert habe. Aufgrund mangelnder Treue zur überkommenen Glaubenslehre und mangelnder Unabhängigkeit habe man sich opportunistisch verhalten. So komme es, daß der Graben zwischen Kollaborateuren und Leuten der Résistance immer tiefer werde, die Sympathie großer Teile der Nation letzteren gelten würden, während die Kirche auf der Seite der Ersteren zu stehen scheine.

Letztlich mache sich im Verhalten der Bischöfe ein Mangel an Bewußtsein für die Universalität der Kirche bemerkbar. Aus einer „Papolâtrie“ sei bei vielen „Pétainolâtrie“ geworden. Die Enzyklika Pius' XI. „Mit brennender Sorge“ von 1937 sei in Frankreich praktisch übersehen worden. Man habe fälschlicherweise so getan, als handle es sich dabei um eine Frage, die ausschließlich das Verhältnis des Papstes zum Dritten Reiche betroffen habe. Schließlich wird beklagt, daß die Bischöfe aufgrund ihres Verhaltens in den Augen derjenigen, die in der Résistance gestanden hätten, praktisch keine Autorität besäßen.

Ist de Lubac der Autor?

Nach Angabe der Zeitschriftenredaktion ist der Text bisher unveröffentlicht. Obwohl sein genaues Entstehungsdatum unbekannt ist – eines kann man sagen: er ist in den ersten Monaten nach der Beendigung der

Okkupation geschrieben worden. Sein Inhalt ist eigentlich nicht überraschend neu. Für den Wert des Textes ist es sicher nicht unerheblich, ob und, wenn ja, in welchem Ausmaß de Lubac an seiner Entstehung mitgewirkt hat. Denn genau dies ist strittig.

Der Text stammt aus den Archives Maritain in Kolbsheim (Frankreich). Die „Revue des deux mondes“ stellt zwar zunächst de Lubac unzweideutig als den Autor des Textes hin, nennt aber auch einige Details aus der Entstehungsgeschichte des Textes, die den Eindruck vermitteln, daß auch der Zeitschrift gewisse Zweifel an der Autorschaft von de Lubac geblieben sind. Im Zusammenhang mit einem Besuch bei dem Gründer der linkskatholischen „Cahiers de témoignage chrétien“, dem Jesuiten *Chaillet*, im Dezember 1944 erwähne – so die Zeitschriftenredaktion – Jacques Maritain, daß dieser ihm einen „vertraulichen Text“ von ihm und de Lubac zugesagt habe. Ob es sich bei dem vorliegenden Text um den Text handelt, auf den Maritain anspielt, läßt sich nicht mit allerletzter Sicherheit sagen. Auf dem Original, so die Zeitschrift, stehe lediglich der von Maritain stammende handschriftliche Vermerk „Lubac“.

Auf einer Pressekonferenz am 13. Februar äußerten René Rémond und andere Historiker erhebliche Zweifel an der Echtheit des Dokumentes und begründeten diesen Verdacht mit stilistischen, methodologischen und inhaltlichen Gesichtspunkten. In einigen wenigen Punkten scheint man durchaus de Lubacsches Gedankengut zu erkennen, der ganze Text jedoch könne unmöglich von de Lubac verfaßt worden sein. Ein Historiker will erst vor wenigen Jahren den Text – zunächst einen Teil, dann in vollem Wortlaut – de Lubac zugeschickt haben. Dieser habe zunächst eigene Gedankengänge wiedererkannt, dann aber abgestritten, daß dieser Text von ihm sei.

Alles in allem glaubwürdig in bezug auf den Inhalt, aber nicht authentisch, was die Autorschaft angeht – so stuft man derweil den Text ein. Wie immer der Streit darüber ausgeht, wer diesen Text geschrieben hat bzw. wieviel an

ihm von de Lubac stammt, und was immer die Motive derjenigen waren, die ihn gerade jetzt zur Veröffentlichung brachten – soll die Verantwortung der Bischöfe, stärker als dies im Touvier-Bericht geschieht, herausgestellt werden? –, seine Wirkung in der Sache hat er getan und wird er weiter tun. Die französische Kirche kann den

damit aufgeworfenen Fragen weniger denn je aus dem Weg gehen. Bleibt zu hoffen, daß ihre Bearbeitung in Frankreich und anderswo mit derselben uneingeschränkten Offenheit geschieht, wie sie Kardinal Decourtray – zum Mißfallen mancher rechtsextremer Kreise – vorgemacht hat.

K. N.

Bundesrepublik: Veränderungen im Wahlverhalten?

Werden zunehmend Wahlen von denen entschieden, die gar nicht daran teilnehmen? *Nichtwähler* werden mehr und mehr zum großen Unsicherheitsfaktor, erschweren sichere Wahlprognosen, gefährden Wahlergebnisse, die eigentlich als schon ausgemacht gelten. Die Frage nach der Wahlbeteiligung nimmt an Bedeutung zu. Denn die Statistik wirkt überzeugend: Während bei der Bundestagswahl 1983 noch 89,1 Prozent der Wahlberechtigten – die Spitzenbeteiligung bei den Bundestagswahlen 1972 lag über 90 Prozent – an die Urne gingen, waren es 1990 (in der alten Bundesrepublik) nur noch 78,6 Prozent. Noch deutlicher wurde die Zunahme der Wahlenthaltungen bei den Landtagswahlen in Berlin 1989, in Bayern 1990, in Rheinland-Pfalz 1991 und in Hamburg 1991. Die niedrigste Beteiligung seit 1947 wurde 1990 bei den Wahlen in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Bremen gemessen, bei der hessischen Landtagswahl 1991 die niedrigste seit 1950.

Bemerkenswert an den Anfang Februar von der baden-württembergischen Landeszentrale für politische Bildung vorgestellten neuen Untersuchungsergebnissen zum Phänomen der Nichtwähler ist in jedem Fall, daß – trotz der offenkundigen Brisanz der Fragestellung – die letzte deutsche Studie über Nichtwähler fast 20 Jahre zurückliegt.

Im Rahmen und als Grundlage einer Dissertation zum Thema „Nichtwähler“, die von der Konrad-Ade-

nauer-Stiftung herausgegeben werden wird, hat der Tübinger Politologe Michael Eilfort im Januar und Februar 1991 anlässlich der vorausgegangenen Bundestagswahl 20 304 nach einem Zufallsprinzip ausgewählten, wahlberechtigten Stuttgartern einen Fragebogen zugeschickt. Antwort bekam er von insgesamt 66,6 Prozent (13 521 Personen), die sich in 10 656 Wähler, 2398 Nichtwähler, 232 „Abmeldungen“ (zu alt, krank, verstorben, im Ausland) und 235 „Verweigerer“ aufteilten.

Schwund der Wahlbeteiligung als Normalisierung?

Für die Frage, wie sehr die Gruppe der Nichtwähler in Zukunft Einfluß auf das Wahlverhalten haben und damit auch eine bestimmte politische Kultur prägen wird, ist entscheidend, in welchem Maße ihr Verhalten auf einen *Einstellungswandel* zurückgeführt werden kann. Eilfort stellt dazu die These auf, die Neigung zur Stimmenthaltung oder zur Stimmabgabe hänge wesentlich davon ab, „ob Wählen als Pflicht oder als Recht“ eingeschätzt werde. Die im internationalen Vergleich hohe Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik gebe einen Hinweis darauf, daß die starke soziale Norm des Wählen-Müssens deren politische Kultur charakterisiere.

In diesem Kontext ist es bemerkenswert, daß Eilfort die Zurückhaltung der Wissenschaft gegenüber der Un-

tersuchung des Phänomens „Nichtwähler“ in dem methodischen Problem der Erfassung dieser Bevölkerungsgruppe sieht: „Da die soziale Norm, zur Wahl gehen zu müssen, immer noch als stark empfunden wird, geben sich Nichtwähler bei mündlichen Umfragen ungern zu erkennen und neigen zu Falschaussagen.“ Für den durchschnittlichen bundesrepublikanischen Wahlberechtigten sei daher anzunehmen, daß er auch dann seine Stimme abgibt, wenn er beispielsweise die Wahl bereits für entschieden hält oder keiner der Kandidaten ihn direkt anspricht.

Das Umfrageergebnis zeigt: 72,6 Prozent der Wähler stimmen dem Satz voll zu, daß es Pflicht des Bürgers sei, seine Stimme abzugeben. Immerhin 27,1 Prozent der Nichtwähler sind der gleichen Auffassung, 26,8 Prozent von ihnen stimmen jedoch dieser Aussage gar nicht zu. Ein Trend für einen Einstellungswandel läßt der *Altersgruppenvergleich* erkennen: Hier stehen der vollen Zustimmung zur Bürgerpflicht Wahl bei 86 Prozent der 60- bis 69jährigen und 83,5 Prozent bei den 50- bis 59jährigen nur 52,3 Prozent bei den 18- bis 29jährigen gegenüber. Eilfort vermutet anhand dieser Ergebnisse, daß in diesem Einstellungswandel eine Ursache für den Schwund der Wahlbeteiligung liegt, schätzt diesen Rückgang jedoch nicht als Krisensymptom der Demokratie insgesamt, sondern als Ausdruck einer Normalisierung ein.

Auch bezüglich einer weiteren Einstellungsänderung zeichne sich, wenn auch erst zaghaft, im Altersgruppenvergleich ein gewisser Trend im Sinne einer *Individualisierung* ab. Wird der Gang zur Wahlurne zunehmend nach einem kühlen Kosten-Nutzen-Kalkül entschieden? Der Tübinger Politologe faßt diese Überlegungen zu einer grundsätzlichen politischen Verhaltensänderung in der These zusammen: „Der Wahlakt wird mehr und mehr als Form individueller Interessenwahrnehmung gesehen. Wer sich von der Stimmabgabe persönlich nichts verspricht, ist eher geneigt, darauf zu verzichten.“ Befragt nach der Zustimmung zu der Aussage „Bei einem Wahlsieg meiner Partei verspreche ich